



Gemeinde Mariastein
6324 Mariastein, HNr. 29
Tel: 05332-56476
gemeinde@mariastein.tirol.gv.at

Zl. 004-1/2020

Sitzungsprotokoll

über die öffentliche Sitzung

am: 16.12.2020

Ort: Gemeindeamt

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

Anwesende:

- Herr Bgm. Dieter Martinz
- Herr Vbgm. Gerhard Weichselbraun
- Frau GV'in Karin Eisenmann
- Herr GV Franz Arminger
- Herr GR Dr. Ernst John
- Herr GR Hubert Kronberger, MA
- Herr GR Martin Krainthaler
- Frau GR'in Christine Schmid
- Herr GR Ing. Andreas Schmid
- Frau GR'in Christina Hörl

Schriftführer: AL Tanja Pointner

Entschuldigt: Herr GR Mag. Matthias Kössler

Nicht entschuldigt:

Zuhörer¹:

Die Gemeindevertretung zählt 11 Mitglieder, davon anwesend sind 10 Mitglieder; der Gemeinderat ist daher beschlussfähig. Die Sitzung ist öffentlich.

¹ Diese Maßnahmen gelten auch für die Zuhörer. Diese haben auch zu beachten, dass die ab 20:00 Uhr geltende Ausgangsbeschränkung einzuhalten ist.

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Bürgermeister
2. Fertigung der Protokolle der Sitzung vom 24.11.2020
3. Bericht über die Kassenprüfung im 4. Quartal 2020
4. Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag 2021 und den mittelfristigen Finanzplan 2022 bis 2025
5. Beratung und Grundsatzbeschlussfassung über den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Mariastein und Peter Weiskopf bzw. der M. Strillinger GesmbH & Co KG betreffend die Liegenschaften „Säge-Areal“ und „Recyclinghof“
6. Anträge, Anfragen, Allfälliges
7. Personalangelegenheiten (nicht öffentlich)

1. Begrüßung durch den Bürgermeister

Bürgermeister Dieter Martinz begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates und den Zuhörer Klaus Kogler und ersucht um Einhaltung der MNS-Tragepflicht sowie der Abstands- und Hygienebestimmungen.

2. Fertigung der Protokolle der Sitzung vom 24.11.2020

Die Protokolle werden ohne Einwände unterfertigt.

3. Bericht über die Kassenprüfung im 4. Quartal 2020

GR'in Christine Schmid als Obfrau des Überprüfungsausschusses berichtet dem Gemeinderat von den wesentlichen Feststellungen anlässlich der Sitzung des Überprüfungsausschusses am 09.12.2020:

- Einnahmen bisher € 1.705.785,19
- Ausgaben bisher € 1.137.673,61
- Kassen-Soll-Bestand € 449.388,79
- Rücklagen aktuell € 118.722,79

Bei der Beleg- und Buchungüberprüfung wurden keine Mängel festgestellt.

Die offenen Posten, die Rücklagen und die Überschreitungen wurden besprochen – es wurden keine Mängel festgestellt.

4. Beratung des Voranschlages 2021 und des mittelfristigen Finanzplanes 2022 - 2025:

Bgm. Dieter Martinz:

Die Vorankündigung zur Auflage des Voranschlages wurde in der Zeit vom 23. bis 30.11.2020 auf unserer Homepage und der Amtstafel veröffentlicht. Die Kundmachung über die Auflage zur öffentlichen Einsichtnahme erfolgte vom 30.11. bis 15.12.2020. Während der Auflagefrist hat niemand in den Entwurf Einsicht genommen und es kam auch zu keinen schriftlichen Einwendungen.

Der Budget-Entwurf wurde am 25.11.2020 im Gemeindevorstand besprochen.

Die Budgetplanung für das Jahr 2021 ist aufgrund der aktuellen Situation mit vielen Unsicherheiten behaftet. Man muss davon ausgehen, dass auch in den kommenden Jahren eine schwierige Budgetsituation vorherrschen wird.

Gegenüber der im Gemeindevorstand besprochenen Konzeptliste kam es aufgrund nachträglich eingelangter Daten (Wasserhochbehälter Angerberg, Betriebs- und Verwaltungskosten Amtsgebäude an

WE) sowie wegen des bereits heuer erfolgten Zahlungseinganges aus dem KIP 2020 (~ 42 TE für die Straßensanierung) zu geringfügigen Änderungen.

Schwerpunkte im VA 2021 sind:

- diverse Straßensanierungen (120 TE vom Mariasteinerhof bis „Bauhof“ und weiter bis Haus Krainthaler; sowie Bereich Larch uä)
- Erschließung (Wasser, Kanal, LWL) von Bauplätzen (Huber/Ehrenstraßer, Dettendorfer, Osl, Weiskopf/Angerberg)
- „Moosbach-Projekt“ mit der Renaturierung des Baches in der Wintersaison 2021/22

bereits geplante Investitionen im MFP der Jahre ab 2022:

2022: Fertigstellung „Moosbach-Projekt“ und Kauf eines Multifunktionsgeräts für den Bauhof

Der Bürgermeister stellt den Antrag:

Wer ist dafür, den Voranschlag für das Finanzjahr 2021 in der vorliegenden Form mit folgenden Ansätzen zu beschließen?

Finanzierungshaushalt 2021		Ergebnishaushalt 2021	
Einzahlungen	€ 1.089.100,-	Erträge	€ 979.200,-
Auszahlungen	€ 1.087.100,-	Aufwendungen	€ 1.116.900,-
Saldo Geldfluss	€ 2.000,-	Nettoergebnis	-€ 137.700,-

Beschluss:

Über Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Mariastein (einstimmig), den Voranschlag für das Finanzjahr 2021 in der vorliegenden Form mit folgenden Ansätzen:

Finanzierungshaushalt 2021		Ergebnishaushalt 2021	
Einzahlungen	€ 1.089.100,-	Erträge	€ 979.200,-
Auszahlungen	€ 1.087.100,-	Aufwendungen	€ 1.116.900,-
Saldo Geldfluss	€ 2.000,-	Nettoergebnis	-€ 137.700,-

Weiters stellt der Bürgermeister den Antrag:

Wer ist dafür, den mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2025 in der vorliegenden Form zu beschließen?

Beschluss:

Über Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat (einstimmig), den mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2025 in der vorliegenden Form.

5. Beratung und Grundsatzbeschlussfassung über den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Gemeinde Mariastein und Peter Weiskopf bzw. der M. Strillinger GesmbH & Co KG betreffend die Liegenschaften „Säge-Areal“ und „Recyclinghof“

Bgm. Martinz berichtet, dass es in den letzten Monaten immer wieder zu Gesprächen mit Peter Weiskopf bzw. dessen Steuerberater, Herrn Obholzer, gekommen ist. Gegenstand war die „Regelung diverser Altlasten“ – insbes. Säge-Areal und Recyclinghof.

Gleichzeitig gab es auch Gespräche mit Vertretern der *RL Holding GmbH*, einer Gesellschaft des *Richard Labek*, hinsichtlich des Kaufes und der weiteren Entwicklung des Säge-Areals.

In diesem Zusammenhang wurden auch Planunterlagen über die geplanten baulichen Veränderungen und die weitere Nutzung im Rahmen der im ÖROK vorgesehenen Widmung = beschränktes Mischgebiet gem. § 40 Abs. 6 TROG 2011 vorgelegt und durch den Raumplaner der Gemeinde vorgeprüft.

Das Ergebnis war eine negative Stellungnahme und zwar aufgrund des Umstandes, dass die „große Halle“ als Lager- bzw. Abstellfläche vorgesehen ist.

Die restlichen Gebäudeteile würden als Flächen für „Kleinbetriebe“ genutzt, wobei auch eine eingeschränkte Wohnnutzung vorgesehen wäre.

Die Nutzung der „großen Halle“ widerspricht allerdings den Festlegungen in unserem örtlichen Raumordnungskonzept, wo Betriebe mit überwiegenden Lager- und Abstellflächenanteil nicht angesiedelt werden dürfen.

Dies wurde der *RL Holding GmbH* ebenso mitgeteilt, wie der Umstand, dass vor einer Widmungsänderung jedenfalls der Abschluss eines Raumordnungsvertrages zwischen der Gemeinde, dem Grundeigentümer und dem Nutzungsberechtigten erfolgen muss. In diesem Vertrag sind insbesondere die Nutzung und die Bebauung des Areals sowie entsprechende Sanktionsmaßnahmen festzulegen.

Peter Weiskopf wurde darüber informiert, dass vor einer Umwidmung des Säge-Areals auch die „Problematik Recyclinghof“ gelöst werden muss.

Dieser wurde im Jahr 2005 errichtet, wobei mit *Franz Weiskopf-Strillinger* ein Bestandsvertrag auf die Dauer von 40 Jahren über eine Fläche von 500 m² (=GSt.Nr. 173/1) abgeschlossen wurde. Auf diesem Grundstück hat die Gemeinde mit einer Fläche von 30 m² einen Teil des Recyclinghofes als Superädifikat errichtet.

Nach Auslaufen dieses Vertrages geht nicht nur der Teil des Recyclinghofes in das Eigentum des Grundeigentümers über, sondern gibt es auch keine Zufahrt bzw. auch keinen Zugang mehr zum Recyclinghof, da dies ausschließlich über die GSt.Nr. 173/1 möglich ist.

Bei der GV-Sitzung am 25.11.2020 wurde über die Historie dieser Grundparzelle sowie auch über die Entstehung des Recyclinghofes diskutiert. Die langjährigen GR-Mitglieder *Franz Armingner* (damals GV und dann Vize-Bgm.) und *Gerhard Weichselbraun* (damals GV) hatten jedoch keine eigenen Wahrnehmungen mehr dazu.

Bgm. Martinz hat daher die damaligen GR-Protokolle und Unterlagen zum Bau des Recyclinghofes gesichtet und berichtet über das Ergebnis seiner Recherchen zur Historie dieser „500m²-Fläche“.

Zusammengefasst ergibt sich, dass es im Zusammenhang mit der Erstellung des örtlichen Raumordnungskonzeptes zumindest seit dem Jahr 2000 zu zahlreichen Besprechungen zwischen der Gemeinde und *Franz Weiskopf-Strillinger* (meistens vertreten durch seinen Sohn *Peter Weiskopf*) und auch zu mehreren Beschlussfassungen gekommen ist, wobei sich diese Beschlussfassungen teils widersprechen. Die jeweiligen Beweggründe dazu, können anhand der vorliegenden Unterlagen jedoch teils nicht mehr nachvollzogen werden.

Aus den GR-Protokollen und diversen Schriftverkehr ergeben sich auch Aussagen (ua. von *GR Mag. Kössler*), dass ein Bauträger bzw. Investor die gesamte GSt.Nr. 173 im Ausmaß von ca. 6500 m² kauft und der Gemeinde die Fläche von 500 m² kostenlos überlässt.

Sollte dies nicht der Fall sein, so muss es eine Einigung zwischen der Gemeinde und *Franz Weiskopf-Strillinger* über den Kaufpreis mit dem aktuellen Grundeigentümer geben.

Schließlich kam es am 24.08.2005 zum Abschluss des bereits bekannten Superädifikats- und Bestandsvertrages.

Um nun eine Lösung in dieser Sache zu finden, wurde zwischen *Herrn Obholzer* als Vertreter des *Peter Weiskopf* und der *M. Strillinger GesmbH & CO KG* und dem Bürgermeister folgender Vorschlag erarbeitet:

Der Gemeinde wird ein unwiderrufliches Kaufanbot unterbreitet, die GSt.Nr. 173/1 im Ausmaß von 500m² um einen Preis von € 50,- / m² erwerben kann. Abzüglich der bereits geleisteten Vorauszahlung für den Bestandszins würde dies einen Kaufpreis von € 22.140,- ergeben.

Zugleich würde der bestehende Superädifikats- und Bestandsvertrag aufgelöst.

Dieses Anbot wird unter der aufschiebenden Bedingung unterbreitet, dass die Gemeinde bis längstens 31.01.2021 die im ÖROK vorgesehene Widmung und den Bebauungsplan für das Säge-Areal beschließen.

Diese Beschlussfassungen der Gemeinde stehen wiederum unter der aufschiebenden Bedingung, dass es zum Abschluss eines Raumordnungsvertrages zwischen der Gemeinde, der RL Holding GmbH und der Matthias Strillinger GesmbH & CO KG kommt und darin die Nutzung, Bebauung und Sanktionsmaßnahmen geregelt werden.

Die Zahlung des Kaufpreises für die GSt.Nr 173/1 erfolgt erst nach Zahlung der „Erschließungskosten“ betreffend des Säge-Areals durch den neuen Eigentümer.

Heute geht es nicht um die Details einer etwaigen Vereinbarung, sondern – wie es sich aus der Bezeichnung des Tagesordnungspunktes schon ergibt – um einen grundsätzlichen Beschluss, ob der Gemeinderat der geschilderten Vorgangsweise zustimmt und weitere Gespräche mit dem Grundeigentümer und den Projektwerbern überhaupt Sinn machen.

Der Gemeinderat ist einstimmig der Ansicht, dass ein Vertreter der RL Holding GmbH das Bauungs- u. Nutzungskonzept im Gemeinderat vorstellen soll und für Fragen zur Verfügung stehen soll.

Der Bürgermeister stellt den Antrag:

Wer ist dafür, auf Basis der heute geschilderten Ausgangslage (=Annahme des Kaufanbots des Peter Weiskopf und der M. Strillinger GesmbH & CO KG betreffend die GSt.Nr. 173/ 1 im Ausmaß von 500 m² mit einem Kaufpreis von € 22.140,- bei gleichzeitiger Auflösung des dzt. geltenden Superädifikats- und Bestandsvertrages, Umwidmung des „Säge-Areals“ laut Vorgaben im örtlichen Raumordnungskonzept und Erlassung eines Bebauungsplanes nach Abschluss eines Raumordnungsvertrages zwischen der Gemeinde, dem Grundeigentümer und der RL Holding GmbH) mit den Vertretern der Grundeigentümer und der RL Holding GmbH weitere Gespräche hinsichtlich der Lösung der „Themen Säge-Areal und Recyclinghof“ zu führen?

Beschluss:

Über Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat (einstimmig), auf Basis der heute geschilderten Ausgangslage (=Annahme des Kaufanbots des Peter Weiskopf und der M. Strillinger GesmbH & CO KG betreffend die GSt.Nr. 173/ 1 im Ausmaß von 500 m² mit einem Kaufpreis von € 22.140,- bei gleichzeitiger Auflösung des dzt. geltenden Superädifikats- und Bestandsvertrages, Umwidmung des „Säge-Areals“ laut Vorgaben im örtlichen Raumordnungskonzept und Erlassung eines Bebauungsplanes nach Abschluss eines Raumordnungsvertrages zwischen der Gemeinde, dem Grundeigentümer und der RL Holding GmbH) mit den Vertretern der Grundeigentümer und der RL Holding GmbH weitere Gespräche hinsichtlich der Lösung der „Themen Säge-Areal und Recyclinghof“ zu führen.

6. Anträge, Anfragen, Allfälliges

Anträge: es werden keine Anträge gestellt

Anfragen: es werden keine Anfragen gestellt

Allfälliges:

Bgm. Dieter Martinz berichtet über die:

- *Verbandsversammlung der Gemeindeverbandes Bezirkskrankenhaus Kufstein am 14.12.2020:*

Es wurde das Budget für 2021 mit einem ord. HH von € 112 Mio. beschlossen.

Davon entfallen € 78 Mio. auf Personalkosten (1008 Dienstposten, etwa 1400 Beschäftigte) und € 6,1 Mio. auf Medikamentenkosten.

Die Beiträge der Gemeinden des Bezirkes steigen auf € 7,7 Mio. (2020: € 7,6 Mio.)

Von der Pflegedienstleitung und der Verwaltungsdirektorin wurde eindrücklich die schwierige „Corona-Situation“ geschildert.

Seit 1. Juli 2020 wurden 367 Patienten behandelt. Leider gab es 50 Todesfälle zu beklagen. Es wurden 4 COVID-Stationen mit 8 Intensivbetten eingerichtet.

Aktuell (14.12.2020) sind 6 Intensivbetten belegt.

Die Betreuung / Pflege dieser Patienten ist eine enorme Kraftanstrengung. Alle zwei Stunden müssen diese Patienten bewegt werden, wobei es dafür bis zu 5 Pfleger/Ärzte benötigt.

Zeitweise waren fast ein Drittel aller Krankenhausbetten mit Covid-Patienten belegt.

Trotzdem ist es gelungen – anders als bei „Welle 1“ – alle Stationen geöffnet zu lassen. Allerdings musste fast die Hälfte der OP-Säle geschlossen werden.

- *Verbandsversammlung des Abfallentsorgungsverbandes Kufstein am 14.12.2020:*

Es wurde das Budget für 2021 mit € 3.354.000,- beschlossen.

Ab 01.01.2021 übernehmen die Stadtwerke Kufstein die Abfallbehandlungsanlage und Umladestation der Fa. Thöni in Kufstein. Von dort erfolgt der Transport mittels LKW zur Verbrennung nach Oberösterreich.

Geplant wäre eigentlich der Transport per Bahn gewesen, jedoch hat sich die Rail Cargo der ÖBB bisher als nicht wirklich verhandlungsbereit bzw. lösungsorientiert erwiesen.

- *Wertstoffsammelzentrum Langkampfen:*

Die Gemeinde Langkampfen hat eine Statistik über die Einfahrten und die Abgabe von kostenpflichtigen Abfallfraktionen beim WSZ vom 01.01.2020 bis 30.11.2020 übermittelt, und zwar:

Einfahrten WSZ		
Angath	567	3,12 %
Angerberg	687	3,77 %
Mariastein	294	1,62 %
Langkampfen	16651	91,49 %
Gesamt	18199	100,00 %

Kostenpflichtige Fraktionen		
Angath	4.311,65 €	10,43 %
Angerberg	6.187,15 €	14,96 %

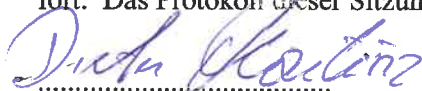
Mariastein	1.379,70 €	3,34 %
Langkampfen	29.477,10 €	71,28 %
Gesamt	41.355,60 €	100,00 %

Es lässt sich zusammenfassen, dass die Bürger der drei Kooperationsgemeinden das WSZ nur anfahren, wenn kostenpflichtige Fraktionen abgegeben werden. Ansonsten werden die Sammelstellen in der eigenen Gemeinde benützt.

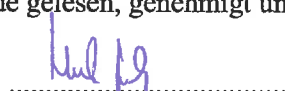
Vbgn. Gerhard Weichselbraun berichtet, dass in der Amal-Vorstandssitzung am 14.12.2020 auch über die Möglichkeit der Entsorgung des Rasen- u. Strauchschnittes diskutiert wurde, allerdings sind damit sehr hohe Kosten verbunden. Genauere Unterlagen werden von der Gemeinde Langkampfen übermittelt.

7. Nicht öffentlich: Personalangelegenheiten

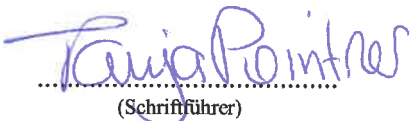
Der Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20:30 Uhr und fährt mit dem nicht öffentlichen Teil fort. Das Protokoll dieser Sitzung besteht aus 7 Seiten. Es wurde gelesen, genehmigt und unterschrieben.



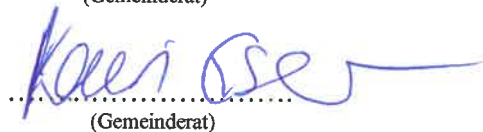
(Bgm. Dieter Martinz)



(Gemeinderat)



(Schriftführer)



(Gemeinderat)

